

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

18. - 24. April 2026

Premierminister Sébastien Lecornu äußerte am 23. April in Marseille den Wunsch, dass der Wahlkampf im Hinblick auf konkrete Ideen und inhaltliche Debatten für die Präsidentschaftswahlen 2027 endlich in Gang kommen möge. Er unterstrich die Bedeutung eines „echten Ideenwettbewerbs“, betonte jedoch, dass dieser noch nicht begonnen habe. Dies führe zu Herausforderungen für die Regierung. Hintergrund dieser Äußerungen sind Rückschläge der Regierung in der Nationalversammlung sowie zunehmende Spannungen mit den Abgeordneten des zentralen Blocks. In einer Pressekonferenz erklärte er, dass es von großer Bedeutung sei, sich mit Themen zu befassen, die nicht auf die Präsidentschaftswahlen warten können. In diesem Zusammenhang kündigte er ein Gesetzesprojekt im Bereich des Wohnungsbaus an, das dringend umgesetzt werden müsse. Der Premierminister zeigte sich dennoch zuversichtlich und betonte, dass der Wahlkampf und die politischen Diskussionen früher oder später beginnen müssten, um die Regierung bei der Umsetzung ihrer politischen Agenda zu unterstützen.

Am 19. April 2026 wählten die Mitglieder der französischen Partei Les Républicains (LR) Bruno Retailleau mit 73,8 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 60 % zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2027. An der internen Online-Abstimmung nahmen rund 75.000 Mitglieder teil. Der Parteivorsitzende zeigte sich nach der Wahl zuversichtlich und betonte, dies sei ein wichtiger Schritt für den „Wiederaufbau und die Mobilisierung der französischen Rechten“. Er verwies auf die erfolgreichen Kommunalwahlen und erklärte, dass die Partei nun bereit für die Präsidentschaftswahl sei. Es gab jedoch auch intern Widerstand, insbesondere von führenden Figuren wie dem Fraktionsvorsitzenden der Partei in der Nationalversammlung, Laurent Wauquiez, der sich mit der Wahl nicht einverstanden zeigte und angekündigt hatte, seine Stimme nicht abzugeben, sowie von Xavier Bertrand, dem Präsidenten des Regionalrats der Hauts-de-France, der seine eigene Kandidatur ohne die Unterstützung der Partei vorantreiben wollte. Kritiker bezeichneten die Abstimmung als „vorgespülte Wahl“ zugunsten von Retailleau.

Am 20. April 2026 äußerten die Sozialpartner ihre Meinung zu einem Gesetzesentwurf, der es Bäckern und Floristen ermöglichen soll, ihre Mitarbeiter am 1. Mai beschäftigen zu dürfen. Premierminister Sébastien Lecornu hatte zuvor eine schnelle Entscheidung gefordert, damit das Gesetz noch vor dem 1. Mai verabschiedet werden kann. Der Entwurf sieht vor, dass Bäckereien und Floristikbetriebe am 1. Mai öffnen dürfen, sofern die Mitarbeitenden freiwillig arbeiten und eine doppelte Lohnzahlung erhalten. Diese Regelung soll im Jahr 2027 in Kraft treten. Für das Jahr 2026 versprach der Premierminister jedoch, dass keine Sanktionen verhängt werden, sofern die Bedingungen eingehalten werden. Während der Arbeitgeberverband das Vorhaben unter Vorbehalten unterstützte, lehnten die meisten Gewerkschaften es ab – nur die CFDT stimmte zu. Der Arbeitgeberverband Medef fordert allerdings, dass auch andere Lebensmittelgeschäfte und kulturelle Einrichtungen am 1. Mai öffnen dürfen. Einige kleinere Unternehmer kritisieren, dass das Gesetz zu eng gefasst sei und handwerklich arbeitende Bäcker im industriellen Bereich ausschließe. Die Gewerkschaften sind grundsätzlich gegen den Vorstoß, da sie den 1. Mai als unantastbaren Feiertag verteidigen wollen.

Am 23. April hat die französische Regierung einen umfassenden Plan zur Elektrifizierung mit 22 Maßnahmen vorgestellt. Damit soll die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen verringert werden. Das Ziel besteht darin, die lokale Nachfrage nach Elektrizität zu steigern und somit weniger von ausländischem Öl und Gas abhängig zu sein. Angesichts der durch den Krieg im Nahen Osten verursachten steigenden Energiepreise setzt der Plan auf eine verstärkte Nutzung von Elektrizität, um die Energiesouveränität des Landes zu erhöhen. Bis 2035 soll der Anteil fossiler Brennstoffe an der Energieversorgung auf unter 30 % gesenkt und der Anteil der Elektrizität auf 38 % erhöht werden. Ein wichtiger Bestandteil des Plans ist die Förderung von Elektrofahrzeugen und der Ausbau der Ladeinfrastruktur. Im Gebäudebereich sollen zusätzlich verstärkt Wärmepumpen installiert werden. Das Ziel ist, bis 2030 jährlich eine Million Geräte einzuführen. Auch in der Industrie sollen fossile Brennstoffe durch elektrische Alternativen ersetzt werden. Die Regierung plant die Einrichtung von 100 Pilotregionen, die als Modell für die Elektrifizierung dienen sollen. Für die Umsetzung sind jährliche Investitionen in Höhe von 4,5 Milliarden Euro vorgesehen. Der Plan zielt darauf ab, die Energieabhängigkeit Frankreichs zu verringern und den Lebensstandard der Bürger durch niedrigere Energiekosten zu sichern.

Der ultrakonservative Milliardär und Medienunternehmer Vincent Bolloré hat einen christlich inspirierten Thinktank gegründet, um einen konservativen politischen Kurs in Frankreich zu fördern und so Einfluss auf die Präsidentschaftswahl 2027 zu nehmen. Das „Institut de l'Espérance“ verfolgt ein radikales Programm, das eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben auf 49 % des BIP (gegenüber 57 % heute) anstrebt. Dies soll durch eine strikte Haushaltskürzung und eine Neuausrichtung der nationalen Prioritäten erreicht werden. Im Bereich der Migration fordert das Manifest ein restriktiveres Vorgehen, da eine Reduzierung der Zuwanderung angeblich zu höheren Löhnen für inländische Arbeiter führen würde. Das Institut befürwortet außerdem die Einführung einer „nationalen Präferenz“ für bestimmte Bereiche, beispielsweise den Zugang zu Sozialwohnungen, der nur für französische Staatsbürger möglich sein soll. Auf gesellschaftlicher Ebene fordert das Institut die Aufhebung von Gesetzen, die die Unterbrechung einer Schwangerschaft betreffen, und unterstützt konservative Werte in der Wirtschaft. Obwohl das Institut keine direkte Unterstützung für einen Kandidaten bekundet, spiegeln seine Positionen die wachsende Rolle der extremen Rechten in Frankreich wider.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Während seines Aufenthalts im Rahmen des informellen Europäischen Gipfels in Zypern hat der französische Präsident **Emmanuel Macron** mit Aussagen zu seiner Zukunft aufhorchen lassen. In einer französisch-zyprischen Schule wurde er von einem Schüler dazu befragt. Macron reflektierte über seine Amtszeit und erklärte, dass er keine beruflichen Pläne für die Zeit nach 2027 habe: „Ich habe keine Karrierepläne. Ich habe mich vorher nicht in der Politik engagiert und werde es auch in Zukunft nicht tun.“ Tatsächlich war er vor seiner Wahl zum Präsidenten noch nie in ein politisches Amt gewählt worden. Zwischen 2012 und 2014 war er stellvertretender Generalsekretär im Kabinett des französischen Staatspräsidenten François Hollande und anschließend von 2014 bis 2016 Wirtschaftsminister. Er betonte jedoch, dass er sich auch weiterhin für das Fortkommen Frankreichs und Europas einsetzen wolle. Als überzeugter Europäer sprach er von der Bedeutung, Werte zu verteidigen und das Land voranzubringen. „Das Schwierigste nach neun Jahren ist, die Dinge, die gut gelaufen sind, zu bewahren, aber auch Fehler zu korrigieren“, sagte Macron abschließend. Er versicherte, dass er weiterhin mit Energie arbeiten werde, um seine Amtszeit erfolgreich zu beenden und später nichts zu bereuen.

## DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
5	0	2	6
7	4	3	1
9	8	9	2
2	0	6	5
1	6	2	7

### 27. September

Die französischen Senatswahlen sind für den **27. September 2026** terminiert. Dabei werden mehr als die Hälfte der 348 Sitze des französischen Senats neu besetzt. Die Senatoren werden von einem Wahlkollegium, den sogenannten „Wahlmännern“, gewählt. Diese setzen sich größtenteils aus Gemeinderäten zusammen, weshalb die Kommunalwahlen vom vergangenen März einen indirekten Einfluss auf die Senatswahlen haben. Die Wahlgremien werden am 5. Juni 2026 einberufen, um die „Wahlmänner“ zu bestimmen. Kandidaturen können vom 7. bis zum 11. September eingereicht werden. Erneuert werden die Sitze der Departements 1 bis 36 sowie 67 bis 90, jedoch nicht die der Region Île-de-France (75). Auch die Überseegebiete Französisch-Guayana, Polynesien, Saint-Barthélemy, Saint-Martin und Wallis-et-Futuna sind betroffen. Zusätzlich stehen sechs der zwölf Sitze für die Franzosen im Ausland zur Wahl. Insgesamt werden 2026 somit 178 der 348 Sitze des Senats erneuert, während die andere Hälfte 2029 zur Wahl steht.